



[Home](#) [Aktuelle Ausgabe](#) [Archiv](#) [Produkte](#) [Fördermittel](#) [BBB Spezial](#) [Rechtsprechung](#) [Service](#) [Jobs](#)

Kongress FrankfurtRheinMain baut!: „Beim Wohnungsbau eine Schippe drauflegen“

27.06.2019

In der Rhein-Main-Region sind weitere Anstrengungen für die Versorgung mit Wohnraum dringend erforderlich. Zu diesem Ergebnis kommen der Regionalverband FrankfurtRheinMain und die Immobilienverbände VdW südwest und BFW Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland. „Kommunen und Verbände arbeiten zwar inzwischen enger zusammen, alle Beteiligten müssen aber noch eine Schippe drauflegen“, so die Veranstalter des Kongresses „FrankfurtRheinMain baut!“.

Appelle des Regionalverbandes in den vergangenen drei Jahren an seine Mitgliedskommunen, mehr Bauland bereitzustellen, trügen inzwischen Früchte. „Unsere Kommunen machen einen sehr guten Job, indem sie Innen- und Außenentwicklung beherzt angehen“, erklärte Thomas Horn, Direktor des Regionalverbandes FrankfurtRheinMain. Die gegenwärtigen, vorbereitenden Gespräche der Städte und Gemeinden zum „Regionalen Flächennutzungsplan“ bestätigten dies anschaulich. Positiv seien die Fertigstellungszahlen im Wohnungsbau im Gebiet des Regionalverbandes im Zeitraum 2014 bis 2018 zu werten – in Höhe von durchschnittlich rund 9.500 Wohnungen pro Jahr. Damit habe sich die Bautätigkeit im Vergleich zu 2010 (5.300 Wohneinheiten) stark erhöht. Gute Beispiele seien im Verbandsgebiet die Städte Bad Vilbel, Langen und Rüsselheim, die derzeit größere Baugebiete erschlossen.

„Die Anstrengungen der Kommunen dürften allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor deutlich mehr Wohnungen benötigt würden, als gebaut werden“, so Dr. Axel Tausendpfund, Vorstand des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft (VdW südwest). Wenig hilfreich sei es in diesem Zusammenhang, dass Teile der Politik die Schrauben der gesetzlichen Vorgaben immer stärker anziehen wollten. Dies gelte für die ausgeweitete Mietpreisbremse in Hessen, jüngst geäußerte Vorschläge wie einen bundesweiten Mietendeckel oder gar die Enteignung von Wohnungsunternehmen. „Am Ende passiert, was bei jeder zu fest angezogenen Schraube passiert: Nach fest kommt ab und dann geht im Wohnungsbau gar nichts mehr.“ Zusätzliche Wohnungen seien die einzige Lösung, die den Wohnungsmarkt in der Region nachhaltig entspanne. „Hier helfen keine Diskussionen über Scheinlösungen oder einseitige Schuldzuweisungen, die die Fronten verhärten. Wir müssen gemeinsam konstruktive Lösungen für mehr und bezahlbares Bauland, flexiblere Bauvorschriften und schnellere Genehmigungsverfahren finden. Die im VdW südwest organisierten Wohnungsgenossenschaften, kommunalen und kirchlichen Wohnungsunternehmen stehen mit einer Durchschnittsmiete von 6,39 Euro in besonderem Maße für Wohnungen zu fairen Mieten in Hessen. Sie werden auch weiterhin bei der Bereitstellung und dem Bau von bezahlbaren Wohnungen einen entscheidenden Beitrag leisten“, so Tausendpfund.

Gerald Lipka, Geschäftsführer des BFW Landesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland, wies auf die wichtige Rolle der privaten Wohnungswirtschaft bei der Lösung des Problems hin: „Die im BFW zusammengeschlossenen Bauträger und Projektentwickler bauen rund jede zweite Neubauwohnung in Deutschland. Wenn es um die Schaffung von neuem Wohnraum geht, sind wir daher ein unverzichtbarer Partner“, betonte Lipka. Die Unternehmen des BFW bauten in allen Preissegmenten, so auch sozial geförderten Wohnraum. „Das Bedürfnis ‚Wohnen‘ ist Menschen in allen gesellschaftlichen Gruppen wichtig und muss durch ein größeres Angebot an Wohnungen besser befriedigt werden, wollen wir die Gesellschaft nicht weiter spalten“, mahnte Lipka.

Sowohl die im VdW südwest als auch im BFW Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland organisierten Wohnungsunternehmen, Bauträger und Projektentwickler hätten in den vergangenen Jahren hinlänglich gezeigt, dass zum Beispiel durch serielles und modulares Bauen im Handwerk Kosten gedämpft werden können. Allerdings stiegen die Immobilienpreise vor allem wegen knapper Grundstücke immer weiter an, stellten Lipka und Tausendpfund gemeinsam fest. Widerstände gegen platzsparendes und verdichtetes Bauen müssten vermieden und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in der Rhein-Main-Region schneller vorangebracht werden. Als Plattform für konstruktive Gespräche zwischen Kommunen und der Wohnungswirtschaft leiste der Kongress „FrankfurtRheinMain baut!“ dabei seit drei Jahren einen unverzichtbaren Beitrag zur Verständigung, erklärten die Veranstalter übereinstimmend. Aus diesem Grund werde der Kongress „FrankfurtRheinMain baut!“ auch 2020 stattfinden. Termin und Ort stehen schon fest: Am 27. Mai in Bad Homburg.

